

„Der Euro hat Europa nicht geeint, er hat dazu beigetragen, Europa zu spalten“ – Dr. Sahra Wagenknecht (MdB) referierte an der TU Chemnitz über die Perspektiven und Herausforderungen für die EU und die Eurozone zehn Jahre nach der Finanzkrise.

Griechenland scheint sich wieder von der Krise erholt zu haben – zumindest legen dies zahlreiche Berichte nahe. Wenn in den kommenden Monaten das aktuelle Hilfspaket ausläuft, soll der hochverschuldete europäische Mitgliedsstaat durch seine Spar- und Reformbemühungen wieder auf eigenen Beinen stehen können. Doch ist damit die Krise wirklich überwunden? Und welchen Herausforderungen müssen sich die EU und die Eurozone weiterhin stellen? Diesen Fragen ging Dr. Sahra Wagenknecht, MdB und ehemalige Doktorandin an der TU Chemnitz, in ihrem Vortrag am 28. Juni nach und diskutierte im Anschluss mit den zahlreichen Interessierten, die der Einladung der Professur Europäische Regierungssysteme im Vergleich gefolgt waren.

In seinem Grußwort richtete sich der Dekan der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Stefan Garsztecki, zunächst an die knapp 700 Gäste im voll besetzten Raum N115 des Zentralen Seminar- und Hörsaalgebäudes. Es bestehe großes Interesse an der Zukunft Europas und Dr. Sahra Wagenknecht sei in der Debatte eine prominente Stimme. Dieser Einschätzung schloss sich PD Dr. Christian Schweiger, Vertreter der Professur Europäische Regierungssysteme im Vergleich, an und ergänzte, dass sich die EU 60 Jahre nach ihrer Gründung am Scheideweg befinde. Frau Dr. Wagenknecht begann ihren Vortrag mit der These, dass trotz der scheinbar guten Neuigkeiten über Griechenland die Finanzkrise in Europa nicht überwunden sei. Die überwiegende Mehrheit der griechischen Bürger hätte massiv an Wohlstand eingebüßt und 400.000 Jugendliche seien ins Ausland abgewandert. Mangelnde Investitionen und der Ausverkauf von Infrastruktur würden zu einer Verlangsamung des Wachstums oder sogar zu einer Schrumpfung führen – und dabei sei Griechenland kein Sonderfall, so Wagenknecht. Die Eurozone hätte insgesamt mit wachsender Armut und hoher Arbeitslosigkeit, vor allem unter jungen Menschen, zu kämpfen. Die Gründe verortet die Bundestagsabgeordnete im Bankensektor: „Die Krise ist ausgebrochen, weil die Banken desolat waren.“ – und sie seien es schließlich immer noch. Unveränderte Finanzspekulationen, mangelnde Investitionen und Steuergeschenke für Großunternehmen und Reiche verschärften die Situation weiter. Der stagnierenden Realwirtschaft stünde ein ausufernder Finanzsektor gegenüber: „Dieses völlige Ungleichgewicht wird sich in einer nächsten Finanzkrise entladen“, prognostizierte die Politikerin.

Deutschland trüge auch selbst stark zu der wachsenden Disparität zwischen den Ländern der Eurozone bei: Mit einem „Überschuss in der Außenhandelsbilanz ohne gleichen“, der durch einen riesigen Niedriglohnsektor finanziert wird, könnten andere Länder nicht konkurrieren – zumal ihnen durch das gemeinsame Währungssystem die Möglichkeit genommen wurde, ihre Defizite durch Abwertungen zu kontrollieren. „Der Euro hat Europa nicht geeint, er hat dazu beigetragen, Europa zu spalten“, zog Wagenknecht dann ihr Fazit und machte der deutschen Politik den Vorwurf, die Spaltungskräfte verstärkt zu haben.

Ihre Lösungsvorschläge richteten sich sowohl an Deutschland, als auch an die Europäische Union insgesamt. Durch die Einführung eines Mindestlohns von 12 Euro und dem Verbot schlechter Arbeitsverträge müsse sich die deutsche Arbeitsmarktpolitik grundlegend ändern, so Wagenknecht. Zudem brauche Deutschland endlich wieder nachhaltige Investitionen, vor allem im Bildungsbereich. Im gesamteuropäischen Kontext solle das aktuelle Währungssystem überdacht werden: „Eine freundschaftliche Scheidung könnte ein neues Währungssystem mit flexiblen Auf- und Abwertungen ermöglichen.“ Die Europäische Zentralbank könnte dabei eine wichtige Stütze sein und mit einem Fond öffentliche Investitionen finanzieren.

Für die Zukunft wünsche sie sich ein „Europa souveräner Demokratien“, das durch Bankenregulierung und stabiles Wirtschaftswachstum wieder näher an die Menschen rückt. Der Vortrag fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa im Wahlmarathon. Ergebnisse, Herausforderungen, Perspektiven“ statt, welche die Professur Europäische Regierungssysteme im Vergleich seit Oktober 2017 ausrichtet und weitere Veranstaltungen folgen.

Autorin: Carolin Krutsch